

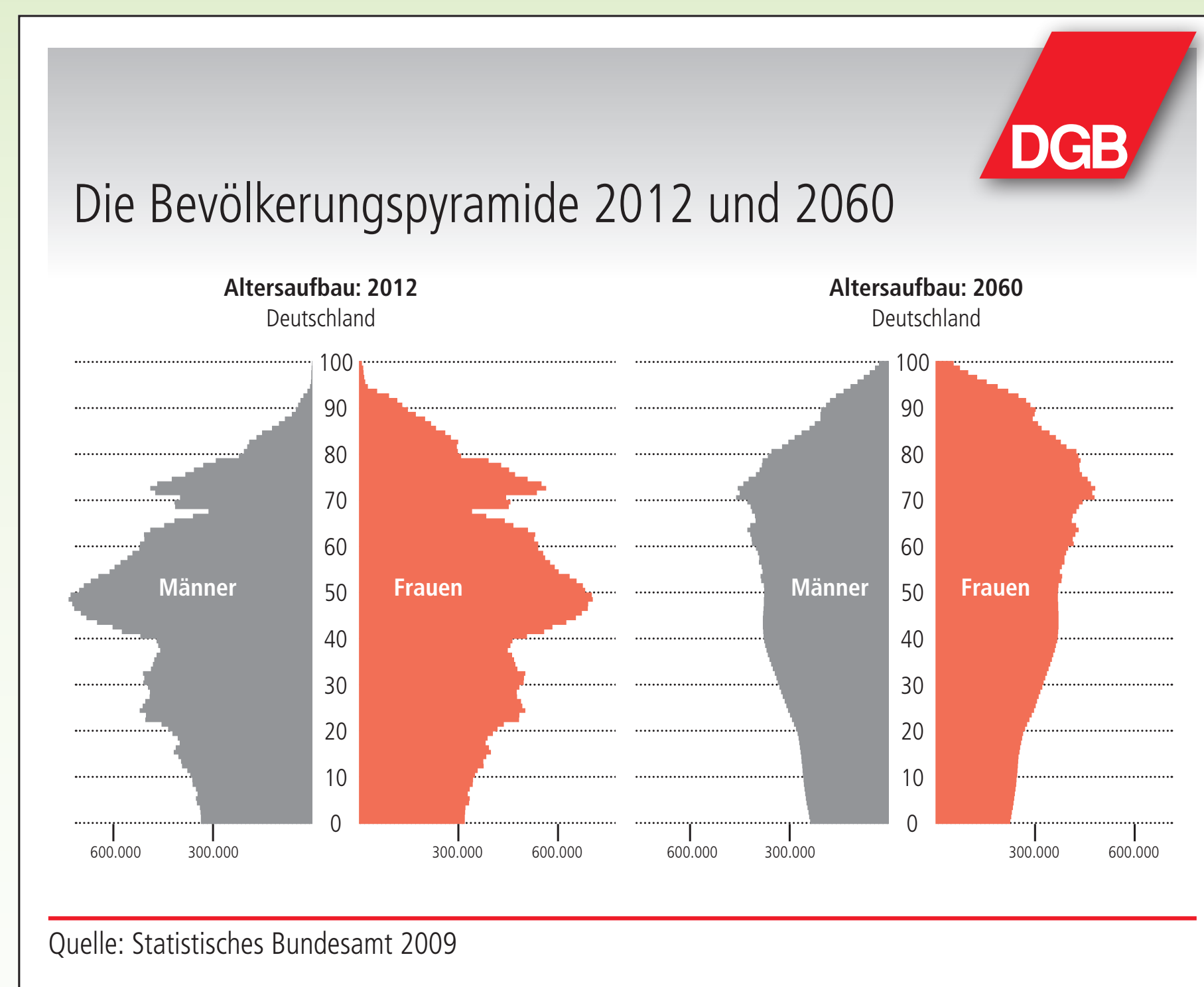
Alterung der Gesellschaft – eine große Herausforderung, aber kein Schreckgespenst

Was ist mit dem demografischen Wandel gemeint?

Demografischer Wandel bedeutet, dass sich die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung verändert. Für Deutschland heißt das: Die Gesellschaft wird im Durchschnitt älter.

Drei Faktoren sind für die Entwicklung in Deutschland ausschlaggebend:

- der Anstieg der Lebenserwartung
- die geburtenstarken Jahrgänge nach dem 2. Weltkrieg, die jetzt ins Rentenalter kommen
- die geringe Geburtenrate seit circa 40 Jahren: Die während der starken Geburtsjahrgänge geborenen Menschen bekamen selbst vergleichsweise wenige Kinder.



Wie „unnormale“ ist die aktuelle Entwicklung?

Großfamilien mit 5 und mehr Kindern, hohe Kindersterblichkeit und eine durchschnittliche Lebenserwartung von 40 bis 50 Jahren waren in den vergangenen Jahrhunderten die Regel. Normal oder gar positiv war die Alterszusammensetzung früher also nicht.

Im Vergleich zu vor 100 oder 200 Jahren ist der heutige Altersaufbau der Gesellschaft – der auf eine höhere Lebenserwartung und eine geringere Kinderzahl zurückzuführen ist – der Spiegel eines großen gesellschaftlichen Fortschritts: Die gestiegene Lebenserwartung und die bessere Gesundheit Älterer sind auf die besseren Lebensbedingungen, den höheren allgemeinen Lebensstandard und auch auf die langen Friedenszeiten zurückzuführen und deshalb ohne Wenn und Aber positiv. Das gilt auch für die geringere Kinderzahl: Sie ist eine Folge von mehr Wahlfreiheit vor allem für die Frauen. Sie können sich auch außerhalb der Familie verwirklichen. Klar ist aber auch, dass unser Altersaufbau nicht optimal ist – und uns alle vor Herausforderungen stellt.

Starke Wirtschaft und gerechte Verteilung – so schaffen wir den demografischen Wandel

Die Alterung der Gesellschaft kostet Geld – und sie wird uns dazu zwingen, künftig manches anders zu machen als bislang. Wir müssen den Umgang mit den Erwerbstätigen verändern und sie in die Lage versetzen, gesund bis zur Rente arbeiten zu können. Momentan schaffen das viele nicht – das ist ein Grund, warum DGB und Mitgliedsgewerkschaften die Rente mit 67 ablehnen. Aber nicht nur im Arbeitsleben, auch auf anderen Gebieten brauchen wir innovative Antworten – zum Beispiel:

- Wie fördern wir die Beteiligung älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben?
- Wie schaffen wir die Barrieren unserer Gesellschaft ab – in den Köpfen der Menschen, aber auch ganz praktisch, auf der Straße und in unseren Häusern?
- Wie organisieren wir selbstbestimmtes, altersgerechtes Wohnen und menschenwürdige Pflege?
- Wie nutzen wir den gesamten Wohlstand, um die Kosten der Alterung gerecht zu verteilen, so dass sie niemanden überfordern?

DGB und Gewerkschaften gestalten unsere Gesellschaft mit. Wir beteiligen uns an der Diskussion über diese Fragen – gerade die Seniorinnen und Senioren unter unseren Mitgliedern.

Was macht die Alterung der Gesellschaft mit dem Arbeitsmarkt?

Die Alterszusammensetzung der Erwerbstätigen verändert sich: Es gibt immer mehr ältere Beschäftigte.

	Basisjahr 2005 = 100	2020	2030
Insgesamt	42,6 Mio. (100%)	41,2 Mio. (96,7%)	37,7 Mio. (88,4%)
Anteil 50+	11,0 Mio. (25,8%)	15,0 Mio. (35,3%)	14,0 Mio. (32,8%)

Definition Erwerbspersonen:
 Erwerbspersonen = Erwerbstätige + Erwerbslose
 Erwerbstätige: mindestens 1 Stunde bezahlter Arbeit in der Woche
 Erwerbslose: aktiv nach Arbeit Suchende
 Quelle: Statistisches Bundesamt, Primärvariante, Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 4

Die Gesamtzahl aller Erwerbspersonen nimmt ab: Im Jahr 2020 gibt es schätzungsweise nur noch 41,2 Mio. Erwerbstätige, das sind 96,7 Prozent der Erwerbspersonen von 2005 (42,6 Mio. Erwerbspersonen). In derselben Zeit erhöht sich der Anteil der über 50-Jährigen an allen Erwerbstätigen von 25,8 Prozent auf 35,3 Prozent. Auch 2030 – wenn viele Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen der 50er und 60er Jahre in Rente gegangen sind – stellen die über 50-Jährigen immer noch circa ein Drittel aller Erwerbstätigen. Alters- und altersgerechte Arbeitsplätze, die auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Älteren eingehen, werden damit immer wichtiger.

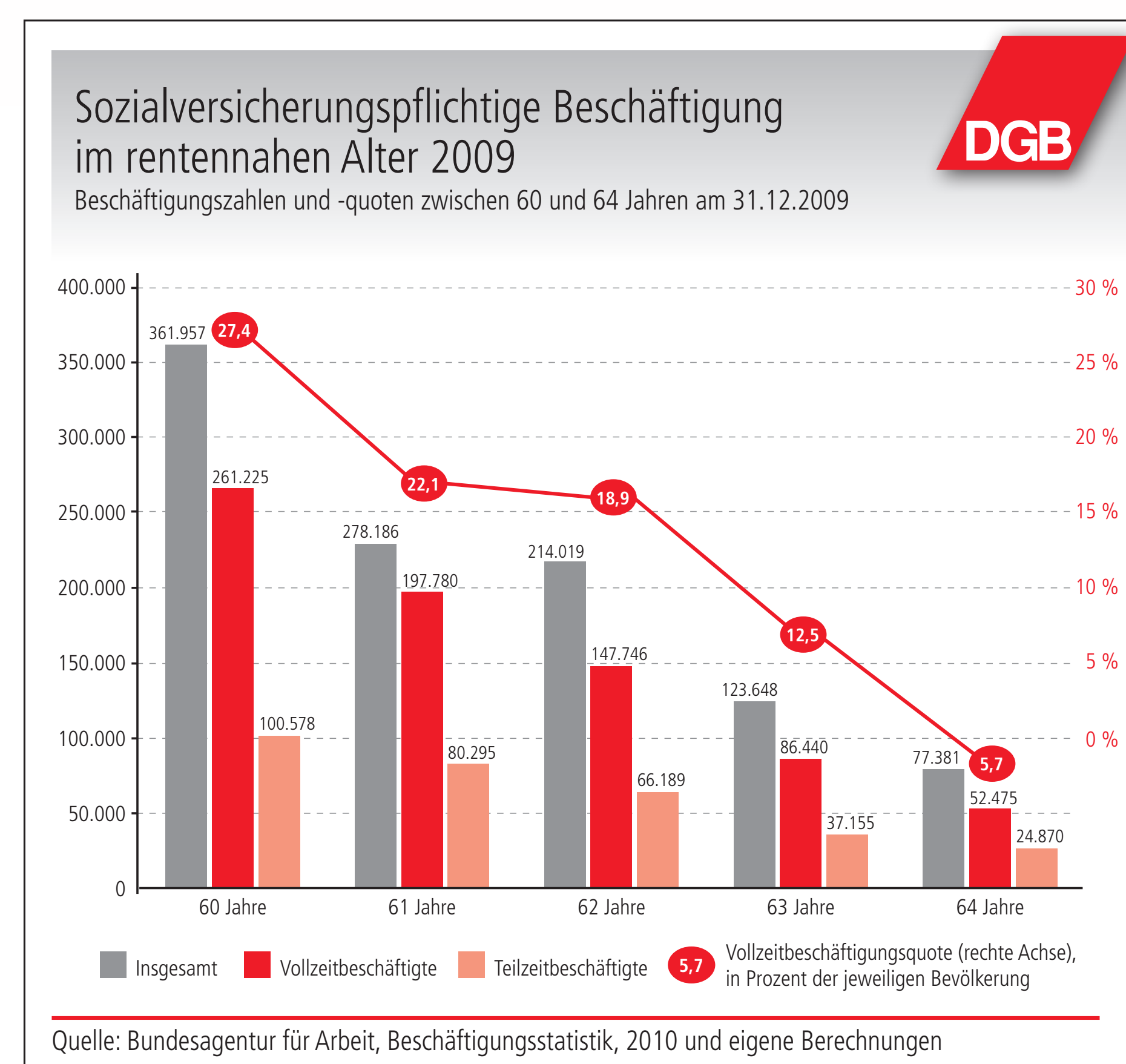
Wie sieht es aktuell auf dem Arbeitsmarkt aus?

Bislang sind ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt aber noch stark benachteiligt. Die Arbeitslosenquote älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist in den vergangenen Jahren gestiegen, während die Arbeitslosigkeit insgesamt gesunken ist. Die Investitionen in Fortbildung und Gesundheitsförderung älterer Beschäftigter sind seit 2005 eher zurückgegangen als gestiegen.

	insgesamt	55 Jahre und Älter
2008	7,8	7,9
2011	7,1	8,6

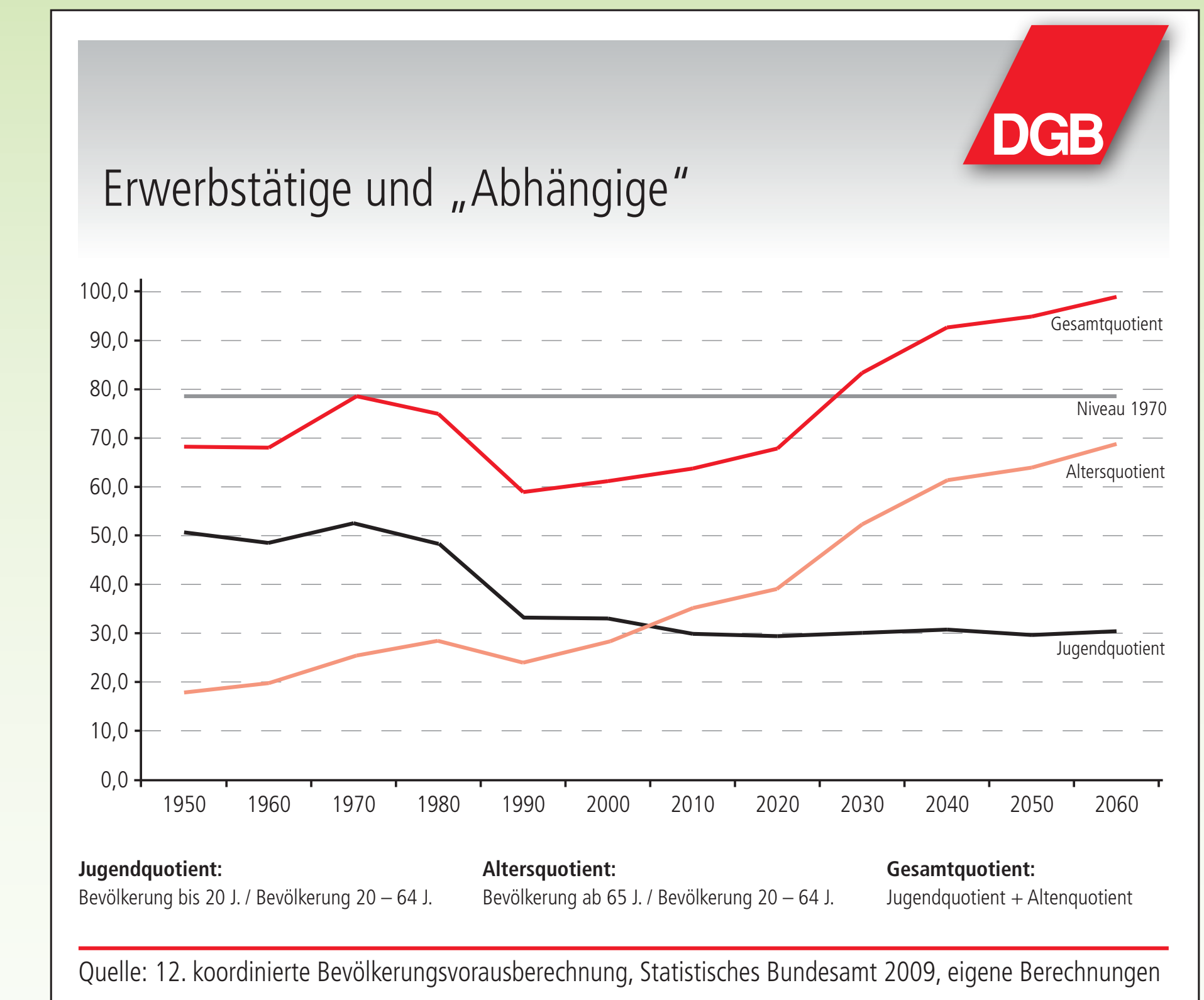
Quelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Zwar hat die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen insgesamt zugenommen. Allerdings arbeiten viele Ältere nur in Minijobs – circa 850.000 im Alter zwischen 55 und 64 Jahren. Und 63- und 64-Jährige sind nur noch zu knapp 20 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt.



Demografischen Wandel konstruktiv gestalten

In Zukunft werden immer weniger Erwerbstätige eine zunehmende Anzahl von Nicht-Erwerbstätigen finanzieren müssen. Allerdings erreichen wir erst circa 2030 wieder den Stand von 1970. Das heißt: Erst im Jahr 2030 erreichen wir wieder das zahlenmäßige Verhältnis von jüngeren und älteren Menschen (nicht erwerbstätige Personen) zu den Menschen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64), das wir 60 Jahre vorher schon einmal hatten. Die geringeren „Abhängigkeitsquoten“ der vergangenen Jahrzehnte waren eher die Ausnahme als die Regel: Gering besetzte Jahrgänge von 1940 bis 1950 und seit 1970 sowie die stark besetzten Jahrgänge dazwischen bedeuten Wenige Rentner und wenige Kinder, dafür aber sehr viele Menschen im erwerbsfähigen Alter. Außerdem war 1970 der Anteil der tatsächlich Erwerbstätigen: unter den 20- bis 64-jährigen viel geringer als heute. Das liegt vor allem daran, dass damals der Anteil erwerbstätiger Frauen niedriger war. Die Finanzierungslast für die Renten und für die Kindererziehung war 1970 also auf weniger Schultern verteilt als das heute der Fall ist.



Um es deutlich zu sagen: Die Alterung der Gesellschaft ist nicht umsonst zu haben. Die Kosten der Alterung können nicht wegreformiert werden – sondern nur verteilt. Deshalb kommt es darauf an, sie gerecht zu verteilen. Einfach nur die Renten zu kürzen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer stärker mit privater Vorsorge zu belasten, ist nicht gerecht. Und auch nicht ökonomisch sinnvoll.

Die Alterung stellt zwar eine Herausforderung dar, muss uns aber keine Angst machen. Je wohlhabender unsere Gesellschaft und je erfolgreicher unsere Wirtschaft ist, desto leichter wird es uns fallen, den Herausforderungen gerecht zu werden. Deshalb kommt es unter anderem auf folgende Punkte an:

- eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung mit Kitas – das ist gut für die Kinder selbst und schafft bessere Berufsperspektiven für die Eltern
- auf gute Bildung – weil das die Voraussetzung dafür ist, dass die Produktivität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und damit das zur Verteilung zur Verfügung stehende Sozialprodukt weiter zunimmt. 60.000 Jugendliche pro Jahr, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen, stellen einen bildungspolitischen Skandal dar – den wir uns in Zukunft erst recht nicht leisten können
- bessere Berufschancen auch für Menschen mit Migrationshintergrund, also Einwanderinnen und Einwanderer und deren Kinder und Enkelkinder
- Investitionen in Forschung und Produktentwicklung durch den Staat und die Unternehmen und gute Rahmenbedingungen für eine innovative Wirtschaft und Gesellschaft

Für Horrorszenarien gibt es keinen Grund. Wir haben es in der Hand, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass wir als Gesellschaft „erfolgreich altern“.

Das hat etwas zu tun mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung: Nach Schätzungen der so genannten Rürup-Kommission wird sich das reale Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum von 2002 bis 2040 nahezu verdoppeln. Und zwar trotz moderat sinkender Erwerbstätigenzahlen – weil sich eben auch die Produktivität und damit das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verdoppelt.

Das hat aber auch etwas damit zu tun, wie wir unser Zusammenleben organisieren. DGB und Gewerkschaften wollen eine solidarische Gesellschaft und eine gerechte Verteilung unseres gemeinsamen Wohlstands.

	2002	2010	2020	2030	2040
BIP, 95er Preise Mrd. €	1.984	2.305	2.764	3.192	3.630
BIP/Kopf, 95er Preise Tsd. €/EW	24,2	27,9	33,4	39,4	46,5
Produktivität Tsd. €/ET	51,3	58,7	70,5	84,5	100,7
Erwerbstätige (Inland) Tsd.	38.688	39.255	39.201	37.750	36.051

Quelle: Rürup-Bericht 2003